



# DAS EUROPÄISCHE SOZIAL- MODELL IN DER KRISE: WAS SIND DIE PERSPEKTIVEN DER EUROPÄISCHEN LINKEN?

**Grundsatzreferat von Fausto Bertinotti am 14. Juni 2011 im Büro Brüssel der RLS,  
Übersetzung aus dem Italienischen**

Ich will hier nicht lange über die Situation in Italien sprechen, denn dann müsste ich euch mit der Analyse der Behauptung langweilen, der Fall Italiens stünde allein da, wo er doch vielmehr als Zuspitzung einer Tendenz zu sehen ist, die einen in Europa wesentlich weiter verbreiteten Zustand widerspiegelt. Ich komme daher gleich direkt auf dieses Europa und seine Probleme zu sprechen, unter anderem, weil ich überzeugt bin, dass keine linke Kraft in irgendeinem europäischen Land in der Lage ist, allein und isoliert zum Erfolg zu kommen. Was ich hier deutlich machen möchte, ist unter anderem folgendes: Wenn es eine Chance für die Linke gibt (die Linke, die sich in gewissem Maße in der Tradition der Arbeiterbewegung sieht, also eine Linke, die Politik als Eroberung von Gleichheit und Neugestaltung der Gesellschaft begreift) – wenn es also für diese Linke eine Chance zum Erfolg gibt, dann liegt sie darin, wenigstens einen europäischen Raum für soziales und politisches Wirken zu gewinnen, denn die Autonomieräume, die im vorhergehenden kapitalistischen Zyklus in gewissem Maße mit der Existenz der Nationalstaaten verbunden waren, sind nach und nach verschwunden. Es ist nicht so, dass die Einzelstaaten gar

keine Rolle mehr spielen, aber sie werden mehr und mehr dominiert von einem Machtgefüge, einer Machtaufteilung, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen nahezu kontinentalen Ausmaßes und in jedem Fall auch von internationalen Einflüssen.

Das nötige intellektuelle Handwerkszeug und ausreichend Zeit vorausgesetzt, müsste man nun eingehend über das Wesen des Kapitalismus nachdenken. Um es mit De Gaulle zu sagen: „Vaste programme“ („Umfangreiches Programm“). Also keine Vorlesung über das Wesen des Kapitalismus, aber doch wenigstens eine Analyse seiner aktuellen Ausprägung. Das haben andere übrigens bereits vor langer Zeit vorgemacht: Marx schrieb „Das Kapital“, nicht „Das Proletariat“. Er schrieb „Das Kapital“, weil für politisches Handeln die Analyse und Beschreibung des Zustands, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse und der Kultur, mit der er sich befasst, absolut grundlegend sind. Meiner Meinung nach ist der Verzicht auf die Analyse der eigenen Rolle einer der Gründe für die Verwirrung und die Krise großer Teile der Linken, derjeni-

gen Linken, die in den vergangenen 25 Jahren an der Regierung waren..

Der globalisierte Finanzkapitalismus, in dem wir derzeit leben, hat ganz bestimmte Eigenschaften. Ich bin mir bewusst, dass man allein schon gegen diese Definition Einwände haben kann. Ich möchte euch daher bitten, sie einmal unter Vorbehalt anzunehmen und wenigstens vorläufig als nützliches Mittel zur Annäherung an das Thema zu akzeptieren, denn sie bestätigt einerseits die kapitalistische Natur dieser Art von Gesellschaft und Entwicklung, und andererseits unterstreicht sie die zunehmende Bedeutung des Finanzkapitals in dieser Gesellschaft und hebt den Eroberungscharakter einer fortschreitenden Vereinheitlichung der Welt hervor, zumindest, was die Märkte angeht. Ich glaube zudem, dass bei der Analyse des westlichen Kapitalismus die Wirtschaft einen wichtigen Bezugspunkt darstellt.

Ich sage das, weil ich finde, dass man gern etwas voreilig von der Krise, insbesondere der Wirtschaftskrise, spricht und dabei die ganze Welt meint. In Wahrheit handelt es sich jedoch nicht um einen einheitlichen Prozess. Die Welt besteht aus vielen verschiedenen Regionen und Situationen, und bei der hier erwähnten Krise, geht es eigentlich um ein Phänomen, das den Westen und speziell Europa betrifft.

In der Zeit der Krise weist dieser Kapitalismus im Westen meiner Meinung nach eine bestimmte Neigung auf, und zwar eine totalitäre Neigung. Natürlich weiß ich, dass dies seit jeher eine Tendenz des Kapitalismus ist; bei jeder Form des Kapitalismus findet sich die Neigung, alles und jeden in den Dienst der Akkumulation zu stellen; in bestimmten Abschnitten der Geschichte setzte dem allerdings der aufkommende Klassenkampf starken Widerstand entgegen, es gab die Volksbewegungen, die sich demokratische Rechte erkämpften, wie das in ganz Europa nach dem Sieg über den Faschismus geschah. Unter den heutigen Bedingungen dagegen tritt diese totalitäre Neigung wieder stärker zutage. Einerseits, weil in der Krise das Paradigma von der Wettbewerbsfähigkeit der

Waren als absolut hingestellt wird und alle anderen Aspekte, wie etwa die gesellschaftlichen Bedingungen oder die Beziehung zwischen Mensch und Natur, als reine Variablen betrachtet werden, die vom übergeordneten Ziel der Wettbewerbsfähigkeit von Waren abhängen. Um diese Verabsolutierung der Wettbewerbsfähigkeit umzusetzen, neigt der Kapitalismus dazu, alles und jeden in die Akkumulation hineinzubringen, angefangen bei den Inhalten des Arbeitsprozesses. Viele glauben, dass wir der Prophezeiung aus Marx' *Grundrisen* zum Greifen nahe sind, wonach der Kapitalismus an einem bestimmten Punkt etwas hervorbringt, was er *general intellect* nennt, also die Fähigkeit der Gesellschaft, Intelligenz und Wissen zu produzieren, im Großen und Ganzen das, was heute unter der Bezeichnung Wissensökonomie firmiert. Auch in diesem Prozess jedoch wird nicht nur die Fähigkeit zur manuellen Tätigkeit, sondern auch die mentalen, kognitiven Fähigkeiten durch den Kapitalismus einer Subsumption unterzogen, die gesamte Phänomenologie der Arbeit wird auf ihren Status als Ware reduziert. Das Kapital setzt nicht nur die Hände, das Können, diese althergebrachten Konnotationen der Arbeitskraft, für sich ein, sondern auch jenes allgemeine geistige Arbeitsvermögen, das allgemeine Wissen, das in der neuen Gesellschaft produziert wird und notwendiger Bestandteil ihres neuen Produktionskreislaufs ist.

In dieser Situation neigt das Kapital dazu, Herrschaftsbedingungen zu schaffen, unter denen Menschen selbst zu Waren werden. Dies ist natürlich ein unerreichbares Ziel, denn wie wir wissen, ist die Arbeitskraft eine ganz besondere Ware, die etwas hat, was andere Waren nicht haben: das Bewusstsein ihrer selbst. Ungeachtet dessen jedoch gibt es heute den Versuch, den gesamten Bereich der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen auf den Aspekt von Waren zu reduzieren. Um dies zu erreichen, neigt das Kapital dazu, jeden Widerstand einzuebneten, angefangen mit dem, was als der Aufbau der Demokratie bezeichnet werden kann. Dieser Kapitalismus neigt somit zur

Schaffung einer, elegant ausgedrückt, post-demokratischen Gesellschaft; weniger elegant ließe sie sich auch als neo-autoritäre Gesellschaft bezeichnen. Dieses Ziel erwächst nicht aus besonderer Grausamkeit, Bosheit oder Zynismus der momentan herrschenden Klasse, sondern aus der Tatsache, dass der Kapitalismus glaubt, dass nun keine Überschüsse mehr zum Verteilen da sind. Er glaubt also, es sei gerade ein historischer Zyklus des Kapitalismus zu Ende gegangen, nämlich derjenige, in dem es die Möglichkeit zur Umverteilung zwischen den Klassen und den Gesellschaftsschichten gab, und wir befänden uns nunmehr in einem Zyklus, in dem der Wettbewerb dermaßen scharf, unausweichlich und von Unsicherheit geprägt ist, dass eben alle Lebewesen in den Dienst der Wettbewerbsfähigkeit der Waren gestellt werden müssen.

Das Europa von heute findet sich mit großer Beunruhigung inmitten dieser Entwicklung wieder und ist von einer grundlegenden Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft geprägt. Diese fehlende Zukunft wurde bereits bei anderen Gelegenheiten von Kapitalismuskritikern angesprochen, wobei sie sich jedoch generell auf den Kapitalismus selbst bezogen; manchmal mit messianischen Deutungen, manchmal mit Prophezeiungen zum Ende der Geschichte und wieder andere Male mit Visionen zu den Gefahren der Störung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Natur. Ohne Katastrophenprophezeiungen das Wort reden zu wollen, ist es doch unübersehbar, dass der heutige westliche Kapitalismus nicht in der Lage ist, einen starken Ausweg aus der Krise aufzuzeigen und eine lang andauernde Periode des, um es mit ihren eigenen Worten zu sagen, ‚stabilen Wachstums‘ einzuleiten. Im Übrigen erscheint auch die gesellschaftliche Hypothese, welche die herrschenden Klassen Europas seit den achtziger Jahren verfolgt haben, nämlich sozialen Frieden zu schaffen, egal, ob freiwillig akzeptiert oder auferlegt, nicht als umsetzbar.

Die herrschenden Klassen Europas sehen sich also einer doppelten Unsicherheit gegenüber: Unsicherheit hinsichtlich der Fähigkeit zur

Regierung der Gesellschaft und Unsicherheit hinsichtlich der Fähigkeit, aus der Krise herauszukommen. Was gerade ans Licht kommt, ist die Beziehung zwischen Wirtschafts- und Sozialmodell und Demokratie. Ein altes Thema, das in der gesamten modernen Geschichte immer wieder untersucht wurde. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf den schwierigeren Aspekt, also die Beziehung zwischen ‚dem Kapitalismus‘ und ‚der Demokratie‘ an sich eingehen. Stattdessen möchte ich ganz konkret über die Beziehung zwischen diesem Kapitalismus und der Demokratie sprechen, wie wir sie kennen gelernt haben. Ich glaube, wir müssen feststellen, dass zwischen diesen beiden Fragen eine eindeutige, sich aber ständig wandelnde Beziehung besteht, was im Lauf der Geschichte mehrmals geschehen ist, und dass diese Beziehung heute an einem Punkt angelangt ist, an dem wir den Mut brauchen, mit offenen Augen hinzuschauen, denn es bietet sich uns ein beunruhigendes Bild. Das war nicht immer so. Wie sah es etwa in der Nachkriegszeit aus: Die Wirtschaftswissenschaftler haben die dreißig Jahre nach dem Sieg über Nazideutschland die „dreißig Wirtschaftswunderjahre“ genannt. Darüber lässt sich diskutieren. Fest steht, dass die nach dem Sieg über den Nazifaschismus verabschiedeten demokratischen Verfassungen (angefangen mit der italienischen und französischen, gefolgt von der deutschen und weiteren) ein anderes Demokratiekonzept aufgestellt haben als die großen liberalen Verfassungen (die durch die französische Revolution ausgelöst und die amerikanische), weil in die neuen Verfassungen „der zweiten Generation“ ein dynamisches Demokratiekonzept eingebaut wurde. Es ging nicht länger nur um eine Demokratie der Bürgerrechte, die ja bereits in der ersten Generation von Verfassungen zuerkannt wurden, in dem man sie dem Herrscher, dem Tyrannen, entzog und Gewaltenteilung einführte. Die neuen Verfassungen haben vielmehr in einem gewaltigen Schritt nach vorne die Demokratie als eng verbunden mit dem Konzept der Gleichheit wahrgenommen. Die Grundidee ist, dass keine Demokratie herrscht, wenn nicht die Tendenz zur Gleichheit besteht. Dies ist die

große Errungenschaft der demokratischen Verfassungen: In ihnen ist strukturell die Anerkennung der Notwendigkeit angelegt, nicht nur die Machtbefugnisse der Herrschenden zu begrenzen, sondern auch diejenigen der Unternehmen, der Wirtschaft, um eine umfassende soziale Gerechtigkeit herzustellen.

Was Verfassungsrechtler als Verfassung im materiellen Sinn bezeichnen (also das konkrete Gestalten von Gesetzen, Abkommen, Verträgen, kollektiven Verhaltensweisen) hat sich über lange Zeit, manchmal auch inmitten von Konflikten und Tragödien, in die Richtung dieses Ziels der demokratischen Verfassungen bewegt. Europa ist über den Klassenkampf – ein großer Jurist hat ganz richtig einmal gesagt, das Europa der jüngeren Zeit sei Politik gewordener Klassenkampf – über den Klassenkampf also ist Europa mittels der demokratischen Struktur von Parteien und Gewerkschaften einen dynamischen Kompromiss mit dem Kapitalismus eingegangen, den demokratischen Kompromiss. Der demokratische Kompromiss, der sich nur im Nachhinein als solcher definieren lässt, sieht einerseits die schrittweise Einbeziehung zuvor ausgeschlossener Personenkreise in die Demokratie (das heutige Äquivalent wäre die schrittweise Zuerkennung der Staatsbürgerschaft für Einwanderer, angefangen mit dem Wahlrecht und anderen Bürgerrechten) und eine Ausweitung des Einflussbereichs der integrativen Demokratie, die an Orte vordringt, die ihr zuvor verschlossen waren, wie zum Beispiel Fabriken. Andererseits sieht er Staatsbürgerschaft nicht einfach als Wahlberechtigung für Bürger, sondern als Recht zur Organisierung des gesellschaftlichen Konflikts, also des Konflikts schlechthin. Für diese Art der Demokratie ist der Konflikt die Antriebskraft, weshalb auch die Gewerkschafter eine tragende Rolle bei der Organisierung des sozialen Konflikts spielen und die Linksparteien als Protagonisten des neuen Zyklus wahrgenommen werden wollen, indem sie als Sprachrohr der Arbeiterbewegung fungieren. Im Übrigen hat sich in ganz Europa der soziale Kompromiss zum Sozialstaat entwickelt. Die Staatsbürgerschaft ist demnach nicht länger nur Individualrecht des einzelnen

Bürgers, sondern steht für die Eroberung sozialer Rechte als konkrete Verwirklichung der Tendenz zur Gleichheit. Dieser demokratische Kompromiss erschien uns bisher grundsätzlich umgesetzt, als ein Gut, das allen Menschen zur Verfügung steht. Man kann sagen, dass in jenem Zyklus das Aufkommen der Studenten- und Arbeiterbewegung der siebziger Jahre die am höchsten entwickelte Erscheinungsform des Konflikts und der Forderung nach Wandel war. Hier wird die Forderung nach Freiheit und Gleichheit von einer neuen Generation in neuer Form aufgegriffen, von Berkeley über Berlin bis nach Paris, Rom und Mailand, und es scheint, als stünde der umfassende Wandel nun tatsächlich vor der Tür. Die Niederlage dieser Bewegung markiert das Ende einer Ära. Der Kapitalismus sieht sich zu einem für ihn belastenden, risikobehafteten Kompromiss gezwungen, von dem er sich zu befreien trachtet, was ihm schlussendlich auch gelingt.

Eines ist sicher: Dieses Greifen nach den Sternen wird in den achtziger Jahren durch eine dramatische Niederlage jäh unterbrochen. Mit Reagan und Thatcher hält ein neuer neoliberaler Zyklus Einzug in die Politik. Reagan mit seiner These, dass der Staat nicht die Lösung, sondern selbst das Problem sei, womit er den Staat politisch schachmatt setzt, wohlgerneht nur hinsichtlich dessen sozialer Ausgleichsfunktion, denn für andere Aufgaben ist er schon noch nötig. Die Aussage Thatchers ist noch radikaler: „Die Gesellschaft ist nichts, die Wirtschaft alles.“ Das genaue Gegenteil des verfassungsgebenden Prozesses, den ich soeben beschrieben habe: Die kapitalistische Wirtschaft übernimmt erneut das Steuer, gewinnt die Partei, und ein neuer Zyklus beginnt. Es ist der Zyklus der kapitalistischen Globalisierung. Auf der einen Seite steht der Zusammenbruch des Ostblocks, auf der anderen die Niederlage der Arbeiter- und Generationenbewegung im Westen. Auf dieser Grundlage setzt sich eine passive Revolution im Gewand der Modernisierung durch. Durch diese konservative kapitalistische Revolution ändert sich alles: die Weltbühne, die gesellschaftliche Klassenzusammensetzung, die Beziehung zwischen Wirtschaft

und Institutionen, und die Machtzentren verschoben sich. Es beginnt eine gigantische Gegenreformation, die kurioserweise in das glänzende Gewand einer großen Modernisierung gekleidet daherkommt. Es scheint, als sei die Globalisierung ein Füllhorn, aus dem Reichtum und Wohlstand purzeln, wenn schon nicht heute, so doch wenigstens morgen. In jenen Jahren wird jeder gesellschaftliche und wirtschaftliche Rückstand mit dem Morgen gerechtfertigt, in dem eine bessere Welt verwirklicht sein wird: „Die Globalisierung wird Reichtum für alle bringen“. „Du musst heute flexibel sein, dafür wirst Du morgen einen Arbeitsplatz haben. Du musst heute der Erhöhung des Rentenalters zustimmen, dafür findet morgen Dein Sohn Arbeit.“

Kurz gesagt, herrscht eine Ideenwelt, gestützt auch von Innovationen und wissenschaftlichen Entdeckungen, welche das Beziehungs- und Kommunikationssystem von Grund auf umkrempelt (man nehme nur den Einfluss des Internet auf unser tägliches Leben). Auf dieser Ebene ist die Umwälzung tatsächlich riesenhaft. Aber auch diese Umwälzung wird von der herrschenden Klasse für eine große Gegenreformation genutzt, welche die Grundlage für die Revanche der besitzenden Klassen an ihren Gegenspielern darstellt: eine wahrhaft tief greifende Umwandlung der sozialen Beziehungen und der gesamten Produktionsbeziehungen. Dieser Prozess betrifft nicht nur Technik und Wissenschaft, sondern auch die Kultur. Er lässt sich in jedem Bereich, in jeder Geisteshaltung wiederfinden. Die neue Vorstellung von einer unaufhaltsamen Zukunft bricht sich Bahn, und dies so stark, dass *Le Monde Diplomatique* zu Recht das Konzept vom „Einheitsdenken“ prägen wird. Die große kapitalistische Umstrukturierung wird begleitet von einer großen kulturellen Revolution, in der ein merkantilistischer Individualismus als Modell für die neuen gesellschaftlichen Beziehungen propagiert wird.

Dieser neue Kapitalismus verlangt von allen, frei von jeder Beschränkung auf dem Markt zu wetteifern, denn dem neuen Credo nach kann jeder es schaffen; wichtig ist nur, dass dieses

Wachstum von einigen guten Regeln begleitet wird. Die kapitalistische Revolution dringt sogar bis in die Kultur der Linken vor. Die überwiegende Mehrheit der europäischen Linken bekehrt sich zu dem Konzept, wonach die kapitalistische Globalisierung eine große Chance darstellt. Ihren politisch am meisten ausgeformten Ausdruck nimmt diese Vorstellung im „dritten Weg“ Tony Blairs an. Selbst der Krieg reiht sich in diese Tendenz ein. Der Präventivkrieg, der das Konzept eines Konflikts der Kulturen ins Spiel bringt, ist diesmal nicht wie zu anderen Zeiten das Ergebnis imperialistischer Politik. Es festigt sich der Eindruck, die Vereinigten Staaten von Amerika, aufgrund ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und militärischen Struktur die neue Imperialmacht, seien die geeignetste und am meisten berufene Kraft, um die Verbreitung der kapitalistischen Globalisierung in der Welt zu begleiten. Die kapitalistische Globalisierung verlangt nach neoliberalen politischen Strategien und wählt sich das nordamerikanische Gesellschaftsmodell zum Vorbild. An diesem Punkt glaubt nun das so auserwählte nordamerikanische Gesellschaftsmodell, im Namen der Demokratie exportiert werden zu können, wenn auch mit einer gewissen Willkür und Unverschämtheit. Der Export von Demokratie dient als Rechtfertigung für den Krieg, der jedoch in Wahrheit dazu dient, die Globalisierung weiter voranzutreiben.

Zum einzigen echten Gegenspieler dieses geschichtlichen Prozesses wird eine aus ihm selbst hervorgegangene Bewegung, von einigen etwas irreführend „Globalisierungsgegner“ genannt, die hier jedoch besser als „Altermondista“ (*Weltveränderer*) bezeichnet werden soll. Diese Bewegung entspringt in Seattle und wird nicht zufällig durch eine neue Generation mit einer neuen Sprache weitergetragen, über die Weltsozialforen, die großen Demonstrationen, bis zum Entstehen jener Friedensbewegung, die, wie ihr euch sicher alle erinnert, an einem einzigen Tag 110 Millionen Menschen auf die Straße gebracht hat und sich so den, vielleicht etwas übertriebenen, Ruf als zweitstärkste Weltmacht erworben hat. Diese Bewegung ist einen näheren Blick wert. Nur,

weil sie nicht siegreich hervorgegangen ist, darf man ihre Auswirkungen nicht unterschätzen. Meiner Meinung nach ist diese Gegenbewegung bereits einer anderen Kategorie zuzuordnen als jene des 20. Jahrhunderts, denn sie war die erste grenzüberschreitende Bewegung, mit Tendenzen, Schwerpunkten, Ausdrucksformen und Themen, durch die sie sich von der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts abhebt. Die Altermondista-Bewegung, nicht zufällig international aktiv, bewegt sich auf andere Weise als jene des 20. Jahrhunderts. Sie kritisiert die Auswirkungen der Ungerechtigkeit, anstatt deren Antriebskräfte (auch die Arbeiterbewegung kämpft gegen die Auswirkungen, denkt jedoch stets an deren Wurzel, den Kapitalismus). Diese neue Bewegung bringt die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung exakt auf den Punkt: Anstieg der Armut, Zunahme von Ungerechtigkeit, Zerstörung der Umwelt, Gefahr von Umweltkatastrophen. Sie sieht die Konzentration stets miteinander verbundenener Machtbefugnisse, klagt die Verstümmelung der Demokratie an, die Machtergreifung neuer Herrscher ohne demokratische Legitimation, den internationalen Währungsfonds, die Welthandelsorganisation, die Zentralbank, die multinationalen Konzerne, die neuen Machtzentren. Sie braucht keine Struktur- oder Klassenanalyse bzw. kann diese nicht vornehmen, kann jedoch trotzdem die neue Dimension von Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung erkennen. Man denke nur beispielsweise daran, wie die Bewegung das Thema Menschenrechte neu entdeckt, wie sie sich den Thesen des Feminismus, der Umweltbewegung anschließt und wie sie unterschiedliche Protest- und Teihabebewegungen miteinander verbindet: Die Bewegung der Bewegungen. Dies in dem Maße, dass einige Bewegungen, die im 20. Jahrhundert gesellschaftliche Randerscheinungen waren, nun wachsen. Einige nehmen den Verlauf der Altermondista-Bewegung an sich vorweg, sie nennen sich Zapatisten, in Ecuador ist es die Wasser-Protestbewegung. Aus diesen Brennpunkten entstehen Kulturen in Bewegung. Diese Bewegung legt den Keim für Neues, das näherer Betrachtung wert ist. In jedem Fall ist

es so, dass diese Bewegung zwar nicht den Sieg davonträgt, aber doch das Einheitsdenken aufbricht und ein anderes Denken aufkommen lässt, welches eine andere Welt als machbar ansieht.

Zum Halten kommt die Globalisierung vielmehr durch einen ihr inhärenten Grund, nicht durch äußere Einwirkung oder politische Organisationen von außen, sie wird also nicht durch die Protestbewegung in die Krise gestürzt. Der Stillstand des Aufstiegs der Globalisierung kommt durch einen inneren Widerspruch zustande. Die Globalisierung bringt genau das hervor, was sie selbst stets verleugnet hat. Alle Globalisierungstheoretiker hatten erklärt, dass durch diese neue kapitalistische Revolution das Konzept der Krise an sich verschwinden werde. Irgendwie werde durch sie, so hieß es, selbst der Einwand Rosa Luxemburgs beantwortet, wonach der Kapitalismus in periodischen Abständen Krisen durchlebt und dadurch zu Entwicklungssprüngen gezwungen ist. Ist die Möglichkeit zur Akkumulation durch Ausraubung des bekannten Territoriums erst einmal erschöpft, muss eine sprungweise Expansion in neue Räume erfolgen, um mehr Wachstum zu vollziehen. Die heutige Globalisierung schien auf all dies eine Antwort gefunden zu haben, indem sie verkündete „Alles schon erledigt“. Die Antwort sollte demnach in der „weltweiten Ausdehnung der Wirtschaft“ zu finden sein. Es war, als sagten sie: „Ich nehme Dich beim Wort und bringe nun eben alles in diese neue Dimension. Und auf diesem Weg kann ich jedes Mal sogar im Voraus die Faktoren ausfindig machen, die andernfalls Vorboten der Krise gewesen wären.“ Allerdings hat diese Antwort nicht funktioniert, und die Krise ist zurück. Ich glaube, angesichts der Struktur dieser Krise muss man vorsichtig sein mit populistischen Aussagen, die das Problem verschleiern, wie „es gibt keine Krise, es zahlt nun lediglich die breite Bevölkerung den Preis für die Umstrukturierung des Kapitalismus“. Gleichzeitig jedoch darf man auch nicht die gesellschaftlichen Ursachen der Krise, die Klassenursachen, vernachlässigen.

Ungeachtet des äußeren Anscheins ist der Grund der Krise in Wahrheit gesellschaftlicher Art, also der kapitalistischen Akkumulation innewohnend. Den Anfang der Krise macht die so genannte Spekulationsblase, die in den USA platzt. Diese Finanzkrise entwickelt sich rasch zur Wirtschaftskrise und sofort danach zur gesellschaftlichen Krise. Die Krise bricht in den USA aus, erfasst aber die ganze Welt. Aber was produziert sie eigentlich hinter ihrem äußeren Erscheinungsbild? Warum ist die Krise da? Weil die Wirtschaft der USA, die in diesem extrem aggressiven Markt bestehen muss, mit radikalen Kürzungen der Löhne und Gehälter begonnen hat, wodurch die Binnennachfrage sinken muss. In einer so stark vernetzten Welt wie der heutigen ist jedoch offensichtlich, dass keine große Volkswirtschaft allein oder vorwiegend vom Export leben kann. Sie braucht den Binnenmarkt, vor allem, wenn es sich um einen großen Kontinent handelt. Wie jedoch schafft man einen Binnenmarkt, wenn nicht Löhne, Gehälter und Renten die Nachfrage stellen? Schon Ford wusste um diese Zusammenhänge: Als er mit dem T-Modell das erste Automobil für die breite Masse auf den Markt brachte, hob er gleichzeitig die Löhne seiner Belegschaft deutlich an, da ihm klar war, dass die produzierten Autos auch von jemandem gekauft werden mussten.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat der heutige Kapitalismus geglaubt, ohne eine Lohndynamik auskommen zu können. Wie das funktioniert? Über Schulden. Wenn man nicht genügend Lohn bekommt, führt der einzige Weg zum Kauf über das Leihen von Geld. Und genau dies ist geschehen. Man lieh sich Geld, man druckte Geld und schuf so ein Wachstum, begründet auf Schulden, um dem Schrumpfen der Binnennachfrage aufgrund sinkender Löhne entgegenzuwirken. An diesem Punkt jedoch setzte sich die Verschuldung so weit und so riskant fort, dass der gesamte Finanzierungsprozess sich so lange aufblähte, bis die Blase entstand. Eine Wirtschafts- und Finanzblase, welche die Krise des Mechanismus des globalisierten Finanzkapitalismus ans Licht gebracht hat. Der Grund für die Krise des globalisierten

Finanzkapitalismus ist derselbe wie der für seinen Erfolg. Die Antriebskräfte für seinen Erfolg (die Senkung von Löhnen und Kaufkraft der Arbeiter, die Suche nach Arbeitskraft zum niedrigsten Preis, die Durchdringung der Wirtschaft durch die Finanzmärkte und die Vereinheitlichung der Märkte) sind zugleich die Gründe für seine Krise. Die fehlende Binnennachfrage aufgrund von Lohnsenkungen, die Abhilfeversuche durch private und staatliche Verschuldung haben die Krise zum Ausbruch gebracht. Geht man der Sache noch weiter auf den Grund, kann man sagen, dass genau die Ungleichheit, die vom neuen Kapitalismus als Wachstumsmotor genutzt wurde, nun zur Ursache seiner eigenen Krise geworden ist, einer strukturellen Krise. Denn die herrschenden Klassen schaffen es nicht, das richtige Ende des Fadens zum Entwirren dieser Krise zu finden. Wegen der Natur der Krise landen sie, kaum entronnen, sofort wieder mitten darin. Die Unsicherheit über die Zukunft wird durch eine strukturimmanente Bedingung bestimmt, aber die herrschenden Klassen wollen nichts am Wirtschaftsmodell verändern, da für jede Veränderung eine Neuordnung der gesellschaftlichen Beziehungen nötig wäre. Stattdessen stellen sie sogar die Demokratie in Frage, um auf dem althergebrachten Weg weitergehen zu können. Diese Verbindung zwischen Wirtschafts- und Sozialmodell und Demokratie ist mittlerweile dermaßen zwingend geworden, dass sie, obwohl sie geschwächt sind, weil sie nicht länger die wunderbaren Fortschrittsaussichten der wirtschaftlichen Entwicklung in Aussicht stellen können, trotzdem nichts anderes fertig bringen, als den in der Krise steckenden Mechanismus noch radikaler voranzutreiben. Es ist jedes Mal wieder dasselbe wirtschaftspolitische Schema, welches in jeweils noch radikalerer Form vorgeschlagen wird. Bei jeder Krise wird nach einem Ausweg gesucht, der eben die Ursachen weiter auf die Spitze treibt, welche zur Krise geführt haben. Man muss nur einen Überblick über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Westen zusammenstellen, um zu verstehen, wie die Dinge liegen. Ich habe vorhin über die Unterschiedlichkeit der einzelnen geopolitischen Re-

gionen der Welt gesprochen; wir stehen hier vor einem historischen Ereignis: dem Niedergang der Großmacht USA. Das ist ein sehr wichtiger Faktor. Das Entwicklungszentrum, das seinerzeit den Ärmelkanal überquert hat, um sich von Wien nach London zu verlagern, und nach dem zweiten Weltkrieg dann den Atlantik, um sich von Europa in die Vereinigten Staaten von Amerika zu transferieren, ist jetzt im Begriff, den Pazifik zu überqueren, und verlagert sich von den USA in die Region, die wir heute Chindien nennen und die sich Schritt für Schritt zum Antriebsmotor der Weltwirtschaft entwickelt. Der Niedergang der USA ist begleitet vom Verfall des gesamten Westens.

Beim Blick auf die Weltwirtschaft (das BIP ist zwar eine schlechte Kennzahl, von der wir uns baldmöglichst freimachen sollten, aber um die Wirtschaftsdynamik zu messen, ist es noch verwendbar) sieht man, dass Europa, wenn überhaupt, um 1 % wächst, China und Indien dagegen um 9 - 10 %. Die BRIC-Staaten weisen erhebliche Wachstumsraten auf. Und Europa steckt nicht nur in einer wirtschaftlichen Pattsituation, sondern steht ganz konkret vor der Gefahr, an den Rand gedrängt zu werden.

Der Westen durchlebt eine Wirtschaftskrise. Diese manifestiert sich auf eklatante Weise auch innerhalb der Beziehung zwischen der westlichen Organisation der Produktion und dem Gleichgewicht der Natur. Die Gefahren, welche der Menschheit drohen, wenn die Wirtschaft diese Einstellung gegenüber der Natur beibehält, sind unübersehbar. Es gibt die Krise von heute, die Wirtschaftskrise, und daneben die Zukunftskrise, in deren Rahmen die ständige Missachtung unserer Verpflichtungen gegenüber Natur und Umwelt uns alle in Gefahr bringt, und schließlich gibt es auch die Kulturkrise. In Europa herrscht eine Kulturkrise, die aus der Infragestellung des sozialen Kompromisses erwächst, der bisher die Grundlage unserer Kultur und Gesellschaft bildete. Man kann viel sagen über die Wurzeln Europas, etwa, dass Europa aus dem Vermächtnis der monotheistischen Religionen oder des antiken Griechenlands entstanden ist, aus der

römischen Tradition oder der Aufklärung; fest steht jedoch, dass Europa zutiefst von der Geschichte der Arbeiterbewegung geprägt ist. Diese wiederum ist, um es mit Lenins Worten zu sagen, das Kind britischer Wirtschaft, deutscher Philosophie und französischer Politik. Das Europa, das uns vertraut geworden ist, seine gesamte heutige Kultur und Gesellschaft sind im engeren Sinne aus dem Kampf gegen den Nationalsozialismus und dem Klassenkampf hervorgegangen, die zum Aufbau eines demokratischen Kompromisses geführt haben.

Dieses Europa steckt heute tief in der Krise, weshalb diese Krise auch als Kulturkrise bezeichnet werden muss. Das wird auch im Alltag deutlich: in Gewaltausbrüchen, Zerstörung hoch entwickelter Formen des Zusammenlebens, zunehmender Unterdrückung exponierter Personen, gesellschaftlicher Ausgrenzung nicht länger nur von Randgruppen, sondern von ganzen gesellschaftlichen Gruppen, Ethnien oder Generationen. Ganze Stadtviertel, große Teile von Städten liegen außerhalb der gesellschaftlichen Ordnung.

Kurz gesagt, gibt es einen Indikator, der anzeigt, wie es um eine Gesellschaft steht, nämlich die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der nachrückenden Generationen. Über diesen Punkt haben wir alle zu wenig nachgedacht. Wir alle sind mit einer geschichtlichen Entwicklung aufgewachsen, in der es eine Verbindung von gestern nach morgen entlang des Fortschritts gab. Noch ehe er abstrakt messbar wurde, lebte dieser Fortschritt bereits empirisch in der allgemeinen Wahrnehmung, dass es den Kindern besser gehen würde als ihren Eltern. Diese Wahrnehmung stellt eine außergewöhnliche Akkumulation einer zukunftsgerichteten Kultur dar, fast wie eine zweite Haut beim Durchleben der Geschichte, beim Vollzug des Übergangs als Zeitzeuge. Meinem Vater ging es besser als meinem Großvater, und mir ging es besser als meinem Vater. So wird Warten zu einer Kraft, einer Energie: Du bewegst dich in eine Zukunft, die von der Verbesserung der Lebensbedingungen geprägt ist.



Das ist nicht einfach eine gesellschaftliche Bedingung, sondern eine Wirklichkeit der Erwartungen, Tendenzen, Vorstellungen von Zukunft.

Heute dagegen erleben wir zum ersten Mal, dass es den Kindern schlechter geht als den Eltern. Nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern vor allem auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Beziehungen. Junge Leute leben in großer Zahl mit prekären Arbeitsverhältnissen oder sind arbeitslos, oft auch beides gleichzeitig. Noch genießen sie eine Art inoffiziellen Schutz, eine Art inoffiziellen sozialen Status durch die Familie, die in Italien einen sehr hohen Stellenwert hat. Mittlerweile leben wir vom sozialen Status nicht nur der Eltern, sondern der Großeltern. Großeltern stellen ein Gutteil ihrer physischen und wirtschaftlichen Kräfte ihren Enkeln zur Verfügung, damit diese sich mit Mühe und Not eine Nische in der Zukunft erobern können, was nicht immer von Erfolg gekrönt ist. Vor uns tut sich das enorme Risiko einer ganzen Generation ohne Zukunft auf. Diese Frage tut sich, ich wiederhole, vor unserer gesamten Kultur auf, sie betrifft nicht nur den Wohlstand eines einzelnen Landes. Tatsächlich bildet sich in den nachrückenden Generationen eine Tendenz zum Aufstand heraus, wobei ich nur von einer Tendenz spreche, ich will nicht sagen, dass gleich morgen die Straßen und Plätze besetzt werden. Eine Tendenz also zum Widerspruch, zum Protest, zum „Ich mache da nicht mit“. Warum also beharren die herrschenden Klassen dermaßen hartnäckig auf ihrer Verteidigung eines Wirtschaftsmodells, das an allen Ecken und Enden bröckelt? Ich denke, und ich drücke mich jetzt hoffentlich nicht zu mechanistisch aus, es liegt daran, dass jede Änderung dieses Modells instabile Gesellschaften wie die Europas möglichen Kettenreaktionen von Veränderungen aussetzen würde, von denen die Herrschenden wissen, dass sie sie nicht kontrollieren können.

Wenn man nur einmal auf die Ereignisse der letzten Zeit schaut, dann sind die neoliberalen Thesen eindeutig widerlegt. Es hieß ja „niemals mehr staatliche Eingriffe in die Wirtschaft“.

Dann wurden staatliche Eingriffe notwendig, um die Banken zu retten, und schon wurde das Dogma vom Verbot staatlicher Eingriffe in den Wind geblasen und eben diese in so eklatanter Form vorgenommen, dass ernsthafte Probleme im allgemeinen Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte entstanden. Es hieß „nie wieder Ausgaben bei herrschendem Haushaltsdefizit“, und dennoch mussten etwa in den USA trotz aller Predigten von Sparmaßnahmen Ausgaben bei herrschendem Haushaltsdefizit getätigt werden, um eine Krise strategischer Teile der Volkswirtschaft zu verhindern, die zu unbeherrschbarer Arbeitslosigkeit geführt hätte. Aber eben weil sie sich vor der Unmöglichkeit sahen, ihre Dogmen der makroökonomischen Politik überzustülpen, forcierten sie diese auf anderen Ebenen und erschufen neue, noch mächtigere Dogmen: das erste handelt von der Arbeit, ein schon für sich abendfüllendes Thema. Die Verwüstung der Arbeitskultur in den vergangenen 25 Jahren in Europa ist erschreckend. Vergleiche man einmal die heutigen Arbeitsbedingungen mit denen vor 25 Jahren, es käme ein trostloses Bild zum Vorschein.

Man denke nur an das klassische Mittel zur sozialen Absicherung und Emanzipation der Arbeit des 20. Jahrhunderts, den Arbeitsvertrag, und wie schlecht es heute um ihn steht. Tarifverträge sind eine vom Aussterben bedrohte Spezies, die man in Europa kaum noch findet. Und wo sie noch vorkommen, stehen sie kurz vor der Ausrottung, wie in Italien. Ich könnte viel sagen über die Organisation der Arbeit, über die neoliberalen Verrenkungen, zu denen sie gezwungen wird. Arbeit soll zu einer abhängigen Variablen herabgewürdigt werden. Der zweite Aspekt ist der Staatshaushalt, der gesellschaftlich nutzlos gemacht wird durch ein übergeordnetes Element, das im Grunde den Parlamenten jede Möglichkeit zur Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts entzieht. Dies ist das neue Dogma. Dies ist die aktuelle und bezeichnende Entscheidung der herrschenden Klassen. Für diese abenteuerliche Entscheidung finde ich keine andere Erklärung als die Unmöglichkeit, die Macht auf andere Weise zu erhalten. Um diese Entscheidung durchzusetzen

zen, sind sie jedoch gezwungen, ein großes politisches Thema zu vernachlässigen, auf dem sie ihre Vorherrschaft aufgebaut hatten, nämlich den Konsens; ich glaube, dass die herrschenden Klassen ganz klar zu dem Bewusstsein gekommen sind, dass sie auf der Basis von Konsens nicht länger regieren können. Nehmen wir einmal den Fall Italiens: Hätte in Italien vor einigen Monaten das Parlament über die Energiepolitik entscheiden müssen, wäre die Entscheidung mit überwältigender Mehrheit, sogar fast einstimmig, auf die Kernenergie gefallen. Im Referendum dagegen stimmten 96 % der Wähler gegen diese Option. Es geht hier nicht um die Differenz zwischen einer kleinen Mehrheit auf der einen, der Bürgerseite und einer kleinen Mehrheit auf der anderen, der offiziellen Regierungsseite; hier geht es darum, dass, wenn das Parlament entschieden hätte, das Votum mit überwältigender Mehrheit zugunsten der Kernenergie ausgefallen wäre, während die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit dagegen gestimmt hat. Dies zeigt sehr gut, dass ein Regieren durch Konsensbildung nicht länger funktioniert. Aus diesem Grund wurde die Demokratie in den vergangenen 20 Jahren Schritt für Schritt zunehmend ignoriert und ist zu einer Karikatur ihrer selbst verkommen. Oder – um es eleganter auszudrücken – sie existiert nur noch dem Anschein nach. Das Volk wird regelmäßig alle 5 Jahre an die Wahlurnen gerufen, es gibt scheinbar wie früher Parlamente und Wahlversammlungen, aber deren Entscheidungskompetenz wurde schrittweise abgebaut. Sie wurden von den übergeordneten Elementen überlagert, die Netzwerke errichtet haben, welche für den Willen der Bevölkerung unerreichbar sind, und in denen nun die Entscheidungsbefugnis angesiedelt ist. Der Anfang war Maastricht. Würde man heute gefragt: „Was ist das Europa von heute?“, so könnte man grundsätzlich antworten: „Die Entwicklung von Maastricht“. Das Europa von Maastricht hat die Grenzlinien aufgerichtet, innerhalb derer der Abbau der nationalen Souveränitätsrechte betrieben wurde. Das Parlament kann nur noch innerhalb dieser Begrenzungen entscheiden. Dann ist da noch der internationale Währungsfonds mit seinem Einfluss sowie das zunehmende Gewicht der Eu-

ropäischen Zentralbank. Wer kontrolliert Trichet? Gibt es irgendeine demokratisch gewählte Institution, die die Entscheidungen des Präsidenten der Europäischen Zentralbank beeinflussen kann, oder ist er es, der die Entscheidungen aller beeinflusst? Einerseits überwältigt von einer externen Technokratie, wurden die Parlamente andererseits von innen heraus von einer Kraft ausgehöhlt, die ein italienischer Philosoph als „*Governamentalità*“ bezeichnet hat, womit er meint, dass das Alpha und Omega der Politik mittlerweile die Regierung (*governo*) ist. Die Exekutive ist mittlerweile alles. Die Parlamente sind nur noch Resonanzkörper der exekutiven Macht.

Die kulturelle Operation, mit der diese Scheindemokratie legitimiert werden soll, besteht darin, diese Entscheidungen als „unvermeidlich“ hinzustellen. Die Entscheidung wird nicht als politisch diskutierbar und mit verschiedenen Möglichkeiten vorgelegt. Man präsentiert nur eine einzige Möglichkeit, die dann als verantwortliche Entscheidung hingestellt wird. So geht das bei Entscheidungen von Unternehmen, in Italien etwa im Fall von Fiat. Hier präsentiert man den Arbeitern die Umstrukturierungspläne und sagt ganz einfach: „So ist das eben“, „Wenn es Dir nicht passt, gehe ich mit der Produktion eben in einen anderen Winkel der Erde.“ „Wir diskutieren weder über Löhne noch über Arbeitsorganisation. Entweder akzeptiert ihr den Abbau der Arbeiterrechte, oder ich schließe die Fabrik.“ Eben diese Unvermeidlichkeit wird aus dem Produktionsprozess in die Staatspolitik hineingetragen. Machen wir einmal die Probe aufs Exempel. Ist Griechenland vielleicht kein besetztes Land? Es ist zwar nicht von einer Armee besetzt, sehr wohl jedoch von der Finanzmacht, also von den Gläubigern, die nun über sein Schicksal entscheiden. Griechenland hat eine demokratisch gewählte Regierung, die dazu noch sozialistisch ist, aber glaubt ihr, es würde einen Unterschied machen, wenn eine andere politische Richtung an der Regierung säße? Oder, um in diesem Europa zu bleiben, ist es nicht so, dass uns genau immer nur eine einzige Option zur „Entscheidung“ vorgelegt wird? (Friss, Vo-

gel, oder stirb, sagt man zu so etwas dort, wo ich herkomme). Wer nicht mitmacht, ist draußen aus Europa. Wie bei den Unternehmen: „Wenn Du, Arbeiter, meine Anordnung nicht befolgst, verlagere ich die Produktion.“ Da sich auf der Ebene von Staaten ja schlecht die Bevölkerung umsiedeln lässt, wird eben das Land umgesiedelt und aus Europa ausgelagert. Und machen die anderen europäischen Länder denn wirklich eine andere Politik als die, welche ihnen „vorgeschlagen“ wird? Gibt es bei der Wirtschaftspolitik wirklich einen großen Unterschied zwischen Zapatero und Sarkozy? All dies ist das Produkt einer oligarchischen Regierung. Europa ist aus dem demokratischen Raum herausgetreten und ist in eine oligarchische Struktur geraten, verdeckt nur durch einen Demokratiebetrieb der Form halber. Damit das funktioniert und sie ihre Wünsche erreichen, müsste dieser totalitäre Kapitalismus es fertig bringen, den Ausspruch von Tacitus Wirklichkeit werden zu lassen: „Und wo sie eine Wüste machen, nennen sie es Frieden“.

Wenn sie es jedoch nicht schaffen, das Frieden zu nennen, wird das Ganze kompliziert. Nun also, der Plan ist nicht aufgegangen, es gelingt ihnen nicht. Denn einerseits hat sich die Arbeit (die Arbeiterinnen und Arbeiter) erinnert, dass sie ein soziales Bewusstsein besitzt und sich somit auch ein Bewusstsein von sich selbst schaffen kann. In vielen Gegenden der Welt drückt sie eine reale Konfliktfähigkeit aus. Insbesondere eine neue Generation – um das jetzt etwas größer auszudrücken und uns ein wenig Hoffnung zu geben – hat sich fast schon als fünfter Stand auf den Weg gemacht und sorgt dafür, dass Aufstand in der Luft liegt. Der Aufstand liegt in der Luft, noch ist er nicht da, lässt sich jedoch erahnen, und hat Gewicht. Wie genau äußert sich dieser Wind des Aufstands? Das lässt sich mit einem Slogan der *Indignados*, der Empörten von Porta del Sol ausdrücken, der lautet: „Es gibt keine Arbeit, wir haben keine Beschäftigung, wir werden keine Rente haben, und jetzt haben wir keine Geduld mehr.“ Ist das ein politisches Programm? In gewissem Sinne ja. Zwar kein politisches Programm, wie etwa ich als im 20. Jahrhundert Aufgewachsener das

erwarten würde, aber es ist dennoch eines, denn es gibt klare Antworten auf den Punkt, der sich aufgrund der bestehenden Tatsachen als entscheidend darstellt: Dieser Kapitalismus verweigert jeden Kompromiss, es gibt keine Vermittlung zwischen den gesellschaftlichen Klassen mehr. Du, Volk, kannst von mir verlangen, was Du willst, und ich, das System, werde Dir immer mit Nein antworten. Du verlangst von mir Lohnerhöhungen, und ich antworte, dass das nicht geht; Du willst eine Verkürzung der Arbeitszeiten, auch wegen der Arbeitslosigkeit, und ich antworte, dass das nicht geht; Du forderst eine soziale Mindestsicherung, weil es keine Arbeit gibt, und ich sage Dir, dass das nicht geht. Und ich sage nicht etwa „das geht nicht“, um anschließend Verhandlungen irgendwelcher Art zu beginnen – ich sage „Nein“ und damit basta.

In Frankreich hat die Regierung Sarkozy die Anhebung des Rentenalters um zwei Jahre vorgeschlagen; es gibt Massenproteste, sechs Generalstreiks innerhalb von eineinhalb Monaten, und bei den letzten waren auch die Studenten dabei, in ganz Frankreich fanden riesige Demonstrationen statt. Sechs Generalstreiks, und nichts passiert. Die Herrschaftsmacht hat sich undurchdringlich gemacht, sie verhandelt nicht, sondern beharrt eisern auf ihrem Standpunkt. Zu meinen Zeiten als Gewerkschafter konnte mit einem Generalstreik die Regierung zu Fall gebracht werden. Heute – nichts. In Griechenland gibt es Straßenaufstände, aber die Regierung, sowohl die nationale als auch die übernationale, ändert die Richtung nicht.

Also stellt die Antwort dieser jungen Leute Politik dar, und was sie sagen, ist etwa folgendes: „Auf Deinem Tisch, liebe herrschende Klasse, liegt nichts für mich, kein Verhandlungsangebot, nichts von dem, was die Grundlage einer fortschrittlichen Demokratie darstellt. Du erzählst mir, dass es nichts mehr zu verhandeln gibt, also werfe ich den Tisch um.“ Die Voraussetzung für eine Wiedergeburt der Politik ist diese: entweder versteht die Politik diese neue Sprache, oder sie ist tot. Das müsste der Aus-

gangspunkt für die Diskussion über den Zustand der Linken in Europa sein.

Ich wäre jedoch auch schon hiermit zufrieden: Da der Wind sich gerade dreht, sollten die Linksparteien ihre Segel in den Wind richten. Ich wünsche mir eine Linke, die fähig ist, ganz ruhig zu sagen: „Heute sind wir noch unzulänglich, aber es wächst eine neue Generation heran, eine neue Nachfrage nach Politik und eine neue Sprache. Ich war im 20. Jahrhundert der Lehrer, heute möchte ich lernen: von dieser neuen Sprache, von diesen Fragen, von diesen Organisationsformen.“

Die Referenden in Italien hätten nie Erfolg gehabt, wenn nicht hunderttausende junger Leute, statt stumpfsinnig vor dem Fernseher zu sitzen, online gegangen wären und sich über die tausend neuen Kommunikationsformen, über Twitter, Blogs usw., in Verbindung gesetzt hätten. Ein ganzes Volk ist daraus entstanden. Das ist nicht die Lösung des Problems, denn hier sind Strategien zum politischen Wandel gefragt, kulturelle Änderungen, eine Linke, die sich eine Fähigkeit zum Mitgestalten zumindest auf europäischer Ebene verdient, das stimmt wohl. Aber genau hier liegt die Chance für einen Neuanfang: Wenn die Linke sich einbildet, sie könne nicht von diesem Ausgangspunkt, sondern ganz auf eigene Faust neu beginnen, dann wird sie niemals aus den zwischen- und innerparteilichen Beziehungsverstrickungen, den Ansichten dieses oder jenes Führungspolitikers, kurzum: der Krise, herauskommen. Die Chance zum Wiederaufbau der Linken in Europa entsteht aus einem Bruch, einer Zäsur, aus der heraus kritisches Wissen, Handlungsfähigkeit, neue Organisationsmodelle entstehen müssen. Die Linke sollte aus dem gelernt haben, was uns unsere Gegner gesagt haben. Sie haben uns gesagt, dass es eine Beziehung zwischen dem Wirtschafts- und Sozialmodell und der Demokratie gibt. Die sozialen Rechte – so sagen sie – gelten nicht immer, es gibt sie nur, wenn es der Wirtschaft gut geht, wenn nicht, dann nicht. Dem wäre entgegenzuhalten, dass die sozialen Rechte immer gelten, genau wie das Wahlrecht. Nur mit diesen Rechten in der Hand

kann die Politik wieder Würde erlangen, denn das bedeutet die Abkehr von der Unvermeidlichkeit bei Entscheidungen und führt zurück zum „Wir“, was meiner Meinung nach die Voraussetzung für jedes Nachdenken über die Handlungsmöglichkeiten der Linken darstellt. Ende